

Wahlprüfsteine zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 12. September 2021

Hannover hat die Wahl: Geflüchtete willkommen heißen – Teilhabe ermöglichen!

Am 12. September 2021 finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Und obwohl viele Entscheidungen über die asyl- und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen für geflüchtete Menschen auf europäischer und Bundes- oder Landesebene getroffen werden, haben auch die Kommunen wichtige Entscheidungskompetenzen vor Ort.

Hannover hat die Wahl!

Da Geflüchtete selbst kein Wahlrecht haben, ist es umso wichtiger, dass sich wahlberechtigte Menschen in Niedersachsen und in Hannover ein Bild machen können über die flüchtlingspolitischen Positionen der Parteien. Denn nur so können sie mit ihrer Stimme ein Zeichen setzen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und faire Aufnahme- und Unterbringungsbedingungen.

Als Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover (UFU) haben wir deshalb stellvertretend für die Geflüchteten und für die vielen ehrenamtlichen Unterstützer*innen den Vertreter*innen der demokratischen Parteien die wichtigsten Fragen zu den Themen Flucht und Asyl in Hannover gestellt.

Alle haben geantwortet wofür wir uns sehr bedanken.

Damit Sie sich ein Bild von den Antworten der jeweiligen Parteien machen können, haben wir diese – unseren Fragen entsprechend – gegenübergestellt. Spannend - schauen Sie mal rein!

1) Ein Welcome-Center für Hannover

Geflüchtete müssen in hohem Maße bei Behörden vorstellig werden. Dazu gehören u.a. das Jobcenter, die Ausländerbehörde, das Wohnungsamt und das Sozialamt. Die Vielzahl der Behörden und ihre unterschiedlichen Anforderungen stellen für diese Menschen eine große Herausforderung dar, nicht zuletzt deshalb, weil Informationen in jeder Behörde wieder neu erhoben werden und es einen Austausch untereinander nur in Ausnahmefällen gibt. Alle diese Behörden klagen zudem über Überlastung ihrer Mitarbeiter. Es kommt zu Verzögerungen in der Bearbeitung dringender Fälle, weil keine Termine zu bekommen sind oder Vorgänge liegen bleiben müssen. Diese Abläufe könnten auch für die Verwaltung sicher effizienter gestaltet werden.

Eine Lösung ist hier die Einrichtung eines Welcome-Centers, in dem für Geflüchtete (oder Neuzugezogene) eine Bearbeitung aus einer Hand vorgenommen werden kann. Die Idee, die auch bereits in der Stadtverwaltung diskutiert wird, ist, eine solche zentrale Anlaufstelle in der Ausländerbehörde einzurichten, in dem auch das Integrationsmanagement der Stadt Hannover z. B. als Verwaltungslotsen angesiedelt sein könnte.

a) Wie wollen Sie Verwaltungsabläufe zumutbarer und praktikabler gestalten?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Die Ausländerbehörde hat sich in den letzten Jahren konsequent weiterentwickelt, hin zu mehr Serviceorientierung und wird dies auch weiter hin zu einem Immigration- and Welcome Center. Durch Fortbildungen für die Mitarbeitenden in den Bereichen Resilienzstärkung, Antirassismus, Interkulturelle Kompetenz und Nutzbarkeit der Mehrsprachigkeit der Angestellten sowie durch die Formularausfüllhilfen in einfacher Sprache und/oder in der Herkunftssprache sollen die Menschen mehr Unterstützung erfahren. Darüber hinaus setzt sich die SPD dafür ein, dass die digital gestützten Angebote, beispielsweise zur Terminvergabe in der Ausländerbehörde, weiterhin ausgebaut werden. Schon seit Oktober vergangenen Jahres ist die Onlineterminvergabe möglich und eine Terminregistrierung im Internet für die jeweilige Folgewoche möglich.</p> <p>Außerdem kann die Ausländerbehörde im Rahmen ihrer kommunalen Möglichkeiten systematisch zur Aufenthaltssicherung beraten und bei der Erlangung eines sicheren Aufenthaltsstatus im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten unterstützen. Als SPD haben wir ein Augenmerk darauf, dass die Bedarfe der Menschen Berücksichtigung finden und sich die Kommunikation und die Zusammenarbeit nachhaltig verbessert.</p>	<p>Die CDU Hannover fordert, eine Konzeption zur Einrichtung von Integrationszentren als Anlaufstellen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu prüfen. Das Ziel soll sein, Angebote und Kompetenzen unter einem Dach zu bündeln. Die Vor- und Nachteile gegenüber einer dezentralen Unterbringung sind dabei einander gegenüberzustellen und abzuwägen. Auch im Bereich der Flüchtlingshilfe muss die Verwaltung flexibler, ökonomischer und effizienter arbeiten. Hierzu bedarf es einer besonderen Organisationskultur.</p>	<p>Unser Leitbild ist ein Hannover als zuwanderungsfreundliche Stadt und als sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht vor Hunger, Gewalt und Vertreibung. Die Idee der interkulturellen Öffnung der Verwaltung ist für uns weiterhin aktuell. Darunter verstehen wir nicht nur, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in der Verwaltung arbeiten, sondern viel mehr noch, dass Verwaltungsabläufe so ausgerichtet werden, dass sie für Migrant*innen gut zu bewältigen sind – beispielsweise indem wichtige schriftliche Informationen stets auch in einfacher Sprache und ggf. wichtigen Herkunftssprachen angeboten werden.</p> <p>Das Sozialdezernat wollen wir zu einem echten Integrationsdezernat weiterentwickeln, in dem von der Unterbringung nach der Ankunft über den Spracherwerb bis zur Integration in den Arbeitsmarkt die Schritte des Ankommens aufeinander abgestimmt werden. Wir erwarten, dass dadurch auch die Abläufe einfacher und schneller gestaltet werden können.</p>

FDP	Die Partei	Piraten
<p>Eine effiziente Stadtverwaltung mit schlanken Arbeitsabläufen, die bürgernahe und –freundliche Dienstleistungen für alle Menschen in unserer Stadt anbietet, ist ein Hauptanliegen der FDP. Insbesondere wenn Bürgerfreundlichkeit und Effektivitätssteigerungen zusammen gehen ist das für uns als Liberale ein wichtiger Handlungsschwerpunkt. Es wäre sehr im Sinne dieses Ziels einer schlanken, bürgerfreundlichen Verwaltung, wenn eine Aufgabenbündelung sinnvoll umgesetzt würde.</p>	<p>Faxgeräte und dicke Aktenordner abschaffen wäre ein Anfang!</p>	<p>Vorab geschickt sei, dass wir als Partei prinzipiell die Rechtsgrundlagen für Geflüchtete aber auch für "normale" Migranten dahingehend umgestalten möchten, viel schneller und einfacher einen Status zu erhalten, der einen uneingeschränkten Aufenthalt sicherstellt. Die Möglichkeiten dazu sind auf Regions- und erst recht auf der Ebene einer Stadt sehr beschränkter Natur. Was man vor Ort machen kann, ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Mehr Personal in der Ausländerbehörde in der Sachbearbeitung und auch im Bereich der Dolmetscher 2) Mehr Möglichkeiten und Personal zur digitalen Beratung, Terminvergabe und Abwicklung

b) Wie stehen Sie zu der Idee, die Ausländerbehörde zu einem Welcome-Center (z. B. nach Vorbild des Welcome-Centers der Region Hannover) umzugestalten, bei dem alle Anliegen der Geflüchteten oder anderer Neuzugezogenen beraten und bearbeitet werden können?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Die SPD hat sich dafür eingesetzt, dass Hannover ein Welcome-Center für Neu-Zuwanderer erhält. Dazu kann unsere Stadt bereits eine Vielzahl verlässlicher Strukturen und Anlaufstellen vorweisen, die es sinnvoll zu vernetzen gilt und auf die durch die Behörde für Zuwanderung und Einbürgerung aufmerksam gemacht wird. Attraktive Strukturen helfen den Neuzuwandernden und von einer Kultur der Anerkennung profitieren alle in Hannover lebenden Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund.</p>	<p>Siehe oben. Wir glauben, dass durch ein Integrationszentrum Angebote und Kompetenzen in einem strukturierten Rahmen eingefasst werden können. Durch die kurzen Wege innerhalb eines derartigen Zentrums können auch Geflüchtete von diesem Integrationsnetz profitieren, das ihnen den Zugang zu unserer Gesellschaft erleichtert. Die Integrationszentren können Begegnungen erleichtern und Vorbehalte abbauen.</p>	<p>Wir stehen einer solchen Idee grundsätzlich offen gegenüber. Wir wollen auch in anderen Bereichen der Sozialpolitik stärker „Hilfe aus einer Hand“ anbieten. Die Einrichtung eines solchen Welcome-Centers würde dem entsprechen. Wichtig ist jedoch, dass ein solches „Welcome-Center“ seinem Namen gerecht wird und alle Spielräume im Sinne einer möglichst guten Unterstützung der Ankommenden nutzt.</p>
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Im Doppelhaushalt für die Jahre 2021/22 hat die FDP zusammen mit den Ampelpartnern die Weiterentwicklung der Ausländerbehörde zum Immigration und Welcome Center beschlossen. Dies ist ein erster wichtiger Schritt in die Richtung der Aufgabenbündelung und Aufwandsverschlinkung gewesen, die zugleich einen</p>	<p>Das ist eine sehr gute Idee, unsere Befürchtung ist leider, dass es am Ende des Tages nur eine schicke Namensänderung sein wird. Wichtig ist, die Kompetenz der Mitarbeitenden zu stärken und generell genügend Personal vorzubehalten, um sich um die Angelegenheiten zu kümmern. Diesen Prozess werden wir weiter begleiten.</p>	<p>Gute Idee, wird aber in der Praxis schon so betrieben. Eine Stärkung dieses integrierten Arbeitsmodells ist in jedem Fall wünschenswert.</p>

<p>großen Mehrwert für die Geflüchteten, anderen Ausländer und Neuzugezogene bedeutet. Diesen Weg muss die Stadtverwaltung konsequent weitergehen. Dafür werden wir uns als FDP auch in den kommenden Jahren stark machen.</p>		
--	--	--

2) Gute Bildung für Alle

Bildung ist der Schlüssel für eine eigenständige persönliche Entwicklung, für ein selbstbestimmtes Leben, für Integration und Teilhabe. Dennoch hängt der Bildungserfolg in Deutschland maßgeblich von der Herkunft ab: Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten haben in Deutschland deutlich schlechtere Erfolgchancen in der Schule als Kinder und Jugendliche aus Akademikerfamilien. Ebenfalls häufig benachteiligt sind Familien mit Migrationshintergrund und geflüchtete Kinder und Jugendliche.

Dabei ist insbesondere das Lernen in den Gemeinschaftsunterkünften eine große Herausforderung wegen der räumlichen Enge, der fehlenden WLAN-Infrastruktur, den fehlenden Endgeräten sowie der z.T. mangelnden IT- und Medienkompetenz.

Auch erwachsene Geflüchtete möchten gerne lernen, um in unserer Gesellschaft anzukommen, Fuß zu fassen und ein eigenständiges Leben zu führen. Dabei sind sich alle einig, dass das Erlernen der deutschen Sprache ein Schlüssel zur Integration ist. Dieser Schritt der Teilnahme an Integrationskursen und berufsbezogener Deutschsprach-förderung ist vielen jedoch verwehrt, da die Landesregierung Landesmittel gestrichen hat.

Insgesamt gibt es nicht mehr genügend Kapazitäten für spezifische Integrations- und Sprachkurse (wie Alphabetisierungskurse oder Sprachkurse mit Kinderbetreuung).

Der Zugang zu frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote für geflüchtete Kinder ist nur schwer erreichbar, obwohl deren Wirksamkeit eindeutig nachgewiesen ist.

a) Was möchte Ihre Partei tun, um sozial benachteiligten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine faire Chance zur Teilhabe an unserer Stadtgesellschaft zu geben?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Wir wissen: Jugend und Erwachsenwerden ist mehr als Bildung und Schule. Über Mittel aus dem „Hannoverfonds“ gehen wir noch konsequenter und wirksamer gegen Bildungsungleichheit, Armut und Chancenungerechtigkeit in Hannover vor. Insbesondere nach Corona braucht es nicht weniger, sondern mehr Freizeitangebote, mehr Bildungsteilhabe und echte Freiräume für eine gesicherte Jugendphase. Hierfür wollen wir eine Jugendgarantie im Jugendhilfeplan der Stadt implementieren. Wir unterstützen die Zusammenarbeit von Schulen, Jugendverbänden und Stadtteilzentren und richten hierfür einen Kooperationsfonds ein und entwickeln Angebote der offenen</p>	<p>Die heutigen Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie brauchen daher einen besonderen Schutz, und die kommunale Gemeinschaft hat ihren Beitrag zu leisten, damit ihr Leben gelingen kann. Kinderarmut behindert massiv die Entwicklung der Kinder. In Hannover sind nach Angaben des Familienreports circa 27 Prozent der Minderjährigen von Armut bedroht. Die Folgen sind unterschiedlich, aber sehr gravierend für die Entwicklung der Kinder in unserer Stadt.</p>	<p>Ein Markenzeichen Hannovers ist die aktive städtische Sozialpolitik mit einer Vielzahl von städtischen und unabhängigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Wir GRÜNE wollen die starke soziale Infrastruktur der Stadt in den kommenden Jahren erhalten und dazu beitragen, dass Hilfen noch besser dort ankommen, wo sie gebraucht werden.</p> <p>Insbesondere der HannoverAktivPass ist eine grüne Initiative, die in Hannover seit über zehn Jahren vielen Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu Bildungs-, Kultur und Sportangeboten ermöglicht. Wir</p>

<p>Kinder- und Jugendarbeit weiter, u. a. als wesentlicher Beitrag zu außerschulischer Bildung. Dazu stärken wir die Sozialpartnerschaften mit den freien Trägern der Jugendhilfe. Wir erkennen an, dass die vielfältigen Angebote der Träger der freien Jugendhilfe mit ihren herausragenden Kenntnissen der Gegebenheiten vor Ort und der Nähe zu den Kindern und Jugendlichen eine echte Stärke Hannovers darstellen.</p> <p>Wir bekennen uns zudem zu den Jugendverbänden als „Orte gelebter Demokratie“. Wir stärken weiter die selbstständigen Jugendverbände und den Stadtjugendring als wichtige Säulen der Beteiligung von Jugendinteressen in unserer Stadt und setzen uns zudem für die qualitative Weiterentwicklung der Verbandsförderung ein. Darüber hinaus sollen vermehrt Jugendkonferenzen als echte Beteiligungsformate von und für Jugendliche in ganz Hannover etabliert werden.</p>	<p>Seit 2010 stellt „Der Hannoversche Weg“, entwickelt von dem ehemaligen Sozialdezernenten Thomas Walter (CDU), ein lokales Programm dar, um Kindern und Jugendlichen Perspektiven und Chancen für ein erwachsenes Leben jenseits von Armut zu eröffnen. So müssen zum Beispiel eine Teilhabe gewährleistet, eine aufsuchende Beratung ermöglicht und Jugendliche auf dem Weg ins Erwerbsleben begleitet werden. Wir fordern, dass Kinderarmut bekämpft – Familien gestärkt werden. Wir fordern, die Maßnahmen und Instrumente des „Hannoverschen Weges“ zu überprüfen und nachzusteuern, damit der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Transferleistungsbezug in der kommenden Wahlperiode so weit wie möglich verringert wird. Um diesen Prozess zu begleiten, wollen wir einen Runden Tisch aus Experten und Hilfsorganisationen gegen Kinderarmut im Stadtgebiet einrichten.</p>	<p>setzen uns dafür ein, dieses Angebot zu erhalten und auszuweiten.</p>
<p>FDP</p>	<p>Die Partei</p>	<p>Piraten</p>
<p>Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Feld mit vielen Facetten, die alle Bereiche des Lebens durchziehen. Das müssen sich grundsätzlich alle Politikbereiche für dieses Thema zuständig fühlen. Soziale, kulturelle und Teilhabe an der Bildung sind nicht sozial-, jugend- oder bildungspolitische Spezialthemen! Exemplarisch wollen wir Schwerpunkte für die Stärkung von Teilhabe in den folgenden Themen:</p> <p>Der Hannover Aktiv Pass ist ein wichtiges Instrument, Teilhabe niedrigschwellig zu ermöglichen und er hat sich seit vielen Jahren bewährt. Dies ist fortzuführen und Gegebenenfalls auszubauen.</p> <p>Zudem wünschen wir Liberale uns kostenlosen Eintritt in städtische Kultureinrichtungen wie Museen für junge Menschen, damit der Zugang zu Bildung allgemein verfügbar und niedrigschwelliger wird. Das derzeit laufende Pilotprojekt hierzu ist zu verstetigen.</p> <p>Auch die Einführung des 360€ Tickets für den ÖPNV, dass die FDP in Hannover seit vielen Jahren fordert,</p>	<p>Wieviel Zeit haben Sie? Kurz gesagt, müssen Kinder egal wie finanzstark die Familien sind, dieselben Teilhabechancen genießen können. Sei es durch kostenfreies Schulessen, Aufstockung des HannoverAktiv-Passes, kostenfreie/günstigere Eintritte etc.</p>	<p>Wir treten für frühkindliche Bildung im Bereich Sprachförderung ein. Ein wichtiger Teil des Ganztagsangebotes in Grundschulen und im Bereich Kinder- und Jugendpolitik ist die Förderung von Ausdrucksfähigkeit und Kommunikation im frühkindlichen Bereich und auch noch im Bereich der Jugendbetreuung (Förderung von Zentren wie z.B. dem Allerwegtreff oder das Jugendzentrum Posthornstraße). Diese Bereiche müssen finanziell und logistisch sowie auch räumlich vielfacht werden. Die Stellenpläne und Curricula müssen dafür auch modernisiert und angepasst werden. Zusätzlich treten wir Piraten dafür ein, dass die Kooperation mit den Eltern und deren sozialem Umfeld verstärkt wird, um Konflikte zu vermeiden. Dafür möchten wir zunehmend muttersprachliche Bildungslots:innen einstellen und so den Kindern und Eltern ein niedrigschwelliges Angebot zur Inklusion in unserem Bildungssystem geben.</p>

<p>käme insbesondere jungen Menschen mit geringem Einkommen zu Gute, da ihre Mobilität im Stadtgebiet einen wesentlichen Beitrag zur sozialen und kulturellen Teilhabe leisten würde.</p> <p>Wir haben uns in den vergangenen Haushaltsbeschlüssen auch dafür eingesetzt, dass Berufsbildungsmaßnahmen wie die Werkstatt Schule nachhaltig aufgestellt und gestärkt werden, da sie einen wichtigen Baustein für erfolgreiche Bildungswege gerade von Kindern und Jugendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen oder mit Migrationsgeschichte darstellen.</p> <p>Der Weg zu umfassender Teilhabe ist also sehr kleinteilig und muss interdisziplinär gedacht werden. Viele Puzzlestücke ergeben letztlich erst das Bild von Teilhabe. Die FDP möchte sich für den stetigen weiteren Aufbau dieser Puzzlestücke auch in Zukunft einsetzen, um allen Menschen in unserer Stadt ein selbstbestimmtes, erfolgreiches Leben zu ermöglichen.</p>		<p>Auf der Stadtebene haben wir das schon in einigen Fällen erreichen können. (Peter Ustinov Schule und andere)</p>
---	--	---

b) Was möchten Sie tun, um die schulische Situation von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien nachhaltig zu verbessern?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Um die schulische Situation von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien nachhaltig zu verbessern, haben wir im Rahmen des hannoverschen Medienentwicklungsplans im Herbst 2020 zum Beispiel 7.600 iPads für bedürftige Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen bereitgestellt.</p> <p>Dazu haben wir als SPD das hannoversche Programm für Schulen mit besonderen Herausforderungen auf den Weg gebracht. Acht Schulen, deren Schülerinnen und Schüler vor besonders großen Herausforderungen stehen, erhalten zusätzliche Unterstützung durch Personal und Ausstattung, sodass eine bessere Förderung der Kinder möglich wird. Ab dem kommenden Schuljahr kommen zwei weitere</p>	<p>Wir wollen allen Kindern mit einem erstklassigen Bildungssystem einen optimalen Start ins Leben ermöglichen. Dies sehen wir als CDU Hannover als unsere Pflicht an. Bildung ist der Schlüssel für Modernisierung und Fortschritt der Gesellschaft sowie für Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit. Sie garantiert sowohl die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Wissensstandortes als auch eines toleranten Gemeinwesens. Gute Bildung ist der Garant für eine gute Zukunft. Hierfür braucht es neben guter Infrastruktur vor allem weiterhin gute Lehrkräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir fordern daher ein breites Angebot zum individuellen und vielfältigen Bildungserwerb ein. Der Existenz von sozialen Brennpunktschulen soll durch die Stärkung der Ganztagsbetreuung insofern</p>	<p>Wir setzen uns in vielerlei Weise für ein Schulsystem ein, dass Kindern unterschiedlicher Herkunft beste Bildungschancen gibt. Wir wollen individuelle Förderung mit einem Schulsystem verbinden, bei dem an jeder Schule der Erwerb aller Abschlüsse bis hin zum Abitur möglich ist. Ein Schlüsselprojekt in unserem Wahlprogramm ist ein „Bündnis gegen Abschlüssen“. Dahinter verbirgt sich eine gemeinsame Kraftanstrengung von Schulen, Stadt und Land mit dem Ziel, alle Kinder optimal in ihrer Schullaufbahn zu unterstützen.</p>



<p>Schulen hinzu. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass auch künftig diese gut ausgestattet werden.</p> <p>Ergänzend haben wir das Programm der sogenannten Sommerschule auch auf den Herbst sowie über die Integrierten Gesamtschulen hinaus auch auf Grund-, Ober- und Realschulen ausgedehnt. Hier erhalten alle interessierten Schülerinnen und Schüler eine qualifizierte Lernförderung sowie abwechslungsreiche Freizeitangebote. Die SPD macht sich für den Fortbestand beider Programme Wahl stark</p>	<p>entgegengewirkt werden, dass ein vielfältiges Unterstützungs- und Teilhabeangebot für alle Familien des jeweiligen Stadtbezirks im Ganzttag verankert werden soll.</p> <p>Wir fordern die Ausweitung des Konzepts des Familienzentrums, welches – bereits an 47 Kindertagesstätten in Hannover angegliedert – wertvolle soziale Arbeit vor Ort leistet. Die an den Ganzttag der Grundschulen angegliederten Familienzentren müssen in das Standardraumprogramm aufgenommen werden, um so Räume für die soziale Arbeit direkt vor Ort bereitstellen zu können. Dies ermöglicht eine zentrale und übersichtliche Anlaufstelle für alle Familien im Stadtbezirk mit Kindern im Grundschulalter.</p> <p>Wir fordern außerdem die Implementierung von weiteren Angeboten wie die Arbeit von Stadtteilmüttern, dem „Rucksack-Projekt“, Integrationslotsen, Familien- und Erziehungsberatung, Gewaltprävention, Sprechstunden der Jugendhilfe und schulärztliche Sprechstunden. Diese Angebote unter dem Dach der Schulen bieten den Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit zur direkten Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern vor Ort, um belastete Kinder und Familien direkt und nachhaltig unterstützen zu können.</p>	
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Für die FDP steht unumstößlich fest, dass gute Bildung der Schlüssel zur freien Gestaltung eines selbstbestimmten und erfüllten Lebens ist. Daher ist für uns der Erhalt eines möglichst vielfältigen Bildungsangebots – nicht nur für Kinder und Jugendliche – einer der Grundpfeiler liberaler Bildungspolitik. Es ist sehr bedauerlich, dass die Finanzierungen des Landes von Schulsozialarbeitern und für den Spracherwerb alles andere als auskömmlich sind. Die Stadt versucht bereits aus den begrenzten eigenen Mitteln zu helfen, aber das ist natürlich nicht ausreichend und auch keine eigentliche kommunale Aufgabe. Daher appellieren wir an das Land, endlich die Realität in den Kommunen anzuerkennen und den Menschen eine faire Chance zu ermöglichen. Gerade im Bereich der</p>	<p>Sozialarbeit, Sozialarbeit, Sozialarbeit</p>	<p>siehe A</p>



schulischen Bildung hat sich gezeigt, dass die Modelle der Sommer- und Herbstschulen erfolgreich waren und daher haben wir uns erfolgreich für ihre Verstärkung und Ausweitung stark gemacht.

Auch die Definition von Schulen mit besonderen Herausforderungen, die dann einen besonderen Anspruch auf Unterstützung haben, war ein wichtiger Schritt, den wir Liberale im Stadtrat vorangetrieben haben.

Da die Möglichkeiten der stärkeren finanziellen Unterstützung der nötigen Maßnahmen auf kommunaler Ebene sehr begrenzt sind, muss dringend darauf geachtet werden, dass gerade Familien nicht länger als irgend nötig in Gemeinschaftsunterkünften bleiben, sondern möglichst schnell in reguläre Wohnsituationen hineingeführt werden, damit die Familien zur Ruhe kommen und die Kinder und Jugendlichen eine echte Bildungschance erhalten.

c) Wie möchten Sie die zusätzlichen Defizite, die sich durch die Corona-bedingten schulischen Einschränkungen ergeben, ausgleichen und für die Zukunft verhindern?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Viele Jugendliche, Schüler*innen sind durch den Lock-down in psychische Ausnahmesituationen geraten. Unser Ziel ist es unter anderem, die hannoverschen Schulen mit ausreichend Pädagogischen Mitarbeiter*innen zu versorgen. Um die zusätzlichen Defizite, die sich durch die Corona bedingten schulischen Einschränkungen ergeben, auszugleichen und für die Zukunft verhindern, werden wir darüber hinaus als SPD auf mehreren Ebenen ansetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir stärken die frühkindliche Bildung und bauen die Kinderbetreuungsplätze weiter aus, damit jedes Kind, deren Eltern dies möchten, schon vor der Schule betreut und gefördert werden kann. • Mit dem von der SPD initiierten Hannoverfonds fördern wir besondere Projekte und Einrichtungen in Gebieten mit besonderen sozialen Herausforderung, die Kindern und Jugendlichen Spaß bringen, aber auch vielfältige Bildungsangebote machen und ermöglichen darüber hinaus individuelle Unterstützungsangebote. • Wir als SPD werden die Qualität an den Ganztagsgrundschulen erhöhen, so dass das pädagogische Personal auch am Vormittag eingesetzt werden kann. • Darüber hinaus sollen alle anderen hannoverschen Schulen mit ausreichend pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern versorgt werden. Diese unterstützen Schülerinnen und Schüler bei individuellen Problemen und zeigen Lösungswege auf. <p>Darüber hinaus setzen wir auch auf außerschulische Bildung sowie auf die Stärkung der Persönlichkeit und des Selbstbewusstseins durch die Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit.</p>	<p>Die Pandemie hat wie unter dem Brennglas die Schwächen unseres organisierten Staatswesens und unserer Gesellschaft offengelegt – auch in Hannover. Die Digitalisierung liegt in vielen Bereichen um Jahre zurück. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, diese Schwachstellen zu beheben. Es gilt, Hannover endlich fit zu machen für das 21. Jahrhundert! Daneben hat Corona aber auch deutlich werden lassen, wo unsere Stärken liegen: Sie liegen im gemeinsamen Handeln. Wir werden die vor uns liegenden Herausforderungen nur gemeinsam meistern können. Und dies gilt es auch im Bereich der Bildung, der Schulen anzuwenden. Die Kommune muss sich eng mit dem Land verzahnen und miteinander eine Analyse durchführen. Nur so können Defizite erkannt und abgebaut werden.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass die unterschiedlichen verfügbaren Angebote zur Förderung – etwa Sommerschulen – genutzt werden und darüber hinaus die individuelle Förderung verstärkt wird. Für die Zukunft muss das Ziel sein, einen sicheren und Corona konformen Unterricht zu ermöglichen, damit solche Defizite erst gar nicht entstehen. Trotz anderslautender Lippenbekenntnisse hat die Landesregierung bis heute jedoch noch keine entsprechenden Konzepte oder Finanzmittel zur Verfügung gestellt.</p>

FDP	Die Partei	Piraten
<p>Die extremen Maßnahmen, die die Coronapandemie an den Schulen erforderlich machte, haben wie ein Brennglas bestehende und durchaus oftmals bekannte Schwachstellen unseres Bildungssystems zu Tage gefördert. Es ist dringend geboten, die richtigen Lehren aus diesen Erkenntnissen zu ziehen. Die wichtigsten sind nach Ansicht der FDP zum einen im Bereich der Ausstattung der Schulen mit sanitären Einrichtungen, die Festlegung benötigter Raumgrößen und die Möglichkeiten der Frischluftversorgung. Die FDP fordert hier eine Überarbeitung des Standardraumprogramms, damit warmes Wasser, Papierhandtücher und eine vernünftige Frischluftversorgung zukünftig selbstverständlich allen Schülerinnen und Schülern, Lehrenden und weiteren Mitarbeitern zur Verfügung stehen. Die Hygienestandards insgesamt müssen sich deutlich verbessern.</p> <p>Zum anderen hat sich im Bereich der IT-Infrastruktur gezeigt, dass die Hardware weder an Schulen, noch bei den Lehrkräften noch bei den Schülerinnen und Schülern in ausreichendem Maß und ausreichender Qualität verfügbar war. Es bedarf einer deutlichen Digitalisierungsoffensive – zunächst im Hardwarebereich, aber dann auch beim Lehrpersonal, das entsprechend geschult werden muss, digitale Inhalte anzubieten und zu vermitteln. Nur eine Schule, die digitale Lehrinhalte und Angebote bietet, vermag es, die Kinder auf ein Leben in einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Insbesondere was den Umgang mit Fakten und sozialen Medien angeht.</p> <p>Dieser pandemiebedingte Digitalisierungszwang hat auch gezeigt, dass dringend ein standardisiertes Verfahren gefunden werden muss, alle Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten auszustatten, damit keine Ungleichgewichte entstehen und alle die gleichen Chancen auf für digitales Lernen haben.</p>	<p>Wir impfen euch alle!</p>	<p>Solange Corona unser Leben und das unserer Kinder beeinflusst, wird eine Lösung nicht einfach sein. Viele Ansätze wie staatlich finanzierte Nachhilfe oder Ganztagsunterricht mit extra Unterstützung für nicht so lernstarke SchülerInnen bilden nur einen Tropfen auf einem heißen Stein. Wir sehen eine dauerhafte Lösung nur in einem Schulsystem, das die Schwächsten besonders im Blick hat und in einer Strategie des "ZeroCovid"! Die Pandemie muss vollkommen auf Null gedrückt werden. Das kann mittels Impfung passieren oder durch konsequente Maßnahmen bei wiederaufkommenden Infektionen.</p> <p>Natürlich ist mehr Betreuung und viel mehr Personal im Bereich der Lehrenden und der BildungslotsInnen eine Grundlage. Allerdings ist es Sache des Kultusministeriums und der Kultusministerkonferenz, die Gründe für den eklatanten Mangel an Lehrpersonal und deren fehlende Qualifikation vor allem im digitalen Bereich zu analysieren und zu verändern.</p>

d) Was kann die Kommune tun, um die Defizite der Finanzierung von Sprachkursen auszugleichen?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Sprache ist der Schlüssel - zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum sozialen Aufstieg. Zur Wahrheit gehört dazu, dass die Kommune selbst keine vollständige Kompensation hinbekommen wird. Die Kürzungen treffen auch den kommunalen Haushalt und wir stehen diesen sehr kritisch gegenüber. Dennoch müssen wir uns bemühen, bestehende Angebote zu halten und ggf. auch auszuweiten.</p>	<p>Nach der Pandemie muss ein Kassensturz vorgenommen werden, um zu prüfen an welchen Stellen Investitionsbedarf besteht. Hier wird es vor allem um Prioritätensetzungen gehen. Spracherwerb sehen wir als integrationspolitisches Ziel. Wir glauben, dass dies nicht nur in der Erwachsenenbildung, sondern unter anderem auch in der vorschulischen Bildung von Bedeutung sein kann. Um in der Schule erfolgreich lernen zu können, ist es beispielsweise wichtig, die deutsche Sprache dem Alter angemessen gut sprechen und verstehen zu können. Sprache ist auch hier der Schlüssel zur Bildung. Daher fordern wir den weiteren Ausbau der vor- und innerschulischen Sprachförderung und eine Erhöhung des Personalschlüssels. Nur so können ungleiche Voraussetzungen ausgeglichen und allen Kindern gleiche Bildungs- und Teilhabechancen ermöglicht werden.</p>	<p>Sprache ist für uns GRÜNE der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe – das Land spart hier eindeutig an der falschen Stelle. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass ein bedarfsgerechtes Sprachkursangebot beispielsweise der hannoverschen Volkshochschule und des Bildungsvereins aufrechterhalten bleibt.</p>
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Das Engagement der Landeshauptstadt Hannover ist in diesem Bereich ungebrochen groß. Die Freien Demokraten begrüßen dies ausdrücklich, denn Sprache ist der Schlüssel zu Integration, Teilhabe, Bildung und wirtschaftlicher Selbstbestimmung.</p> <p>Allerdings sind die kommunalen Mittel ausgesprochen begrenzt, so dass die Stadt nicht annähernd das benötigte Angebot vorhalten kann. Die FDP fordert die Landesregierung daher auf, endlich die Kommunen in der wichtigen Integrationsarbeit, die vor Ort – vielfach von engagierten Ehrenamtlern – derzeit unternommen wird, angemessen zu unterstützen.</p>	<p>Mehr finanzielle Mittel freigeben.</p>	<p>Die Kommune muss im Haushalt viel mehr Mittel dafür zur Verfügung stellen und auch mehr Möglichkeiten für Quereinsteiger schaffen, wie es anfangs der großen Flüchtlingswelle 2015 auch pragmatisch gemacht wurde. Außerdem kann sie ein Sprachbildungszentrum für Nicht-Deutsch-Muttersprachler:innen ins Leben rufen, bei dem alle Kenntnisse und Mittel gebündelt werden müssen!</p>

e) Welche Möglichkeiten sehen Sie, die besonderen Fähigkeiten der Geflüchteten, wie z.B. Mehrsprachigkeit besser zur Geltung zu bringen?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Wir stellen passende räumliche, sächliche und personelle Unterstützungen für Schulen und trügereigene Kitas bereit, schaffen weitere städtische Projekte zur Demokratiebildung in der Schule, regen die Vernetzung von Schulen mit Vereinen und Verbänden in den Stadtteilen an (z. B. aus den Bereichen interkulturelle Bildung, Flüchtlingsarbeit, Mädchen- und Jungenarbeit, sexuelle Identität, politische Bildung etc.) und unterstützen diese.</p>	<p>Integration ist kein Sprint, sondern eine Langstreckendisziplin. Sie fordert die Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie die sie aufnehmende Gesellschaft. Deshalb sind im Sinne der Pluralität auch alle gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen gefordert. Die Stadt allein kann nicht alles leisten. Es wird verstärkt darum gehen, sogenannte „Role Models“ zu schaffen. Wir fordern, „Best-practice“-Beispiele in Wirtschaft und Verwaltung stärker herauszustellen und wertzuschätzen. Sie leisten Großartiges für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und steigern gleichzeitig ihre Effizienz durch Vielfalt in der Belegschaft. Geeignete Beispiele sind im Integrationsplan zu hinterlegen. Dieser ist jährlich zu evaluieren und gegebenenfalls ist nachzusteuern.</p>	<p>Die Fähig- und Fertigkeiten Einzelner, unabhängig von der Familiensprache, der Nationalität, Religion oder Geschlecht gewinnbringend einzusetzen, ist eine große Herausforderung sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die Gesellschaft. Wir möchten, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, einer Tätigkeit nachzugehen, in der sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse und auch ihre Persönlichkeit einbringen können. Deswegen streben wir eine interkulturelle Verwaltung an und freuen uns über jede*n mehrsprachige*n Mitarbeiter*in, beispielsweise im Integrationsmanagement der Stadt. Dies kommt sowohl den Bürger*innen als auch der Verwaltung zu Gute.</p>
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Die FDP ist der Auffassung, dass Geflüchtete oftmals ein sehr hohes Potential an Eigenschaften und Fähigkeiten mitbringen, die unserer Gesellschaft als Ganzes guttun: dies sind nicht nur Fähigkeiten wie Mehrsprachigkeit. Geflüchtete haben notwendiger Weise eine vergleichsweise hohe Risikobereitschaft, Mut zu Neuanfängen und Durchhaltevermögen. Das haben sie allein schon durch ihre Migrationsgeschichte unter Beweis gestellt. Diese Fähigkeiten haben, gepaart mit dem Spracherwerb und ggf. beruflicher Aus- oder Weiterbildung ein immenses Potential gesellschaftlich wie wirtschaftlich. Daher ist die unkomplizierte und stärker standardisierte Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie die stärkere Unterstützung beim Spracherwerb für Migrantinnen und Migranten sowie für Geflüchtete von großer gesamtgesellschaftlicher Relevanz.</p>	<p>Tatsächlich braucht es da auch gesellschaftlich einen Paradigmenwechsel, denn während einige Sprachen eher pfui sind, gilt das zweisprachige Kind, dass mit der englischen oder chinesischen Sprache zusätzlich aufwächst als hui.</p>	<p>Wie es in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts mit den Geflüchteten Chilenen der Fall war, hat sich aus der Flucht und Migration und der anschließenden Rückkehr durch Demokratische Reformen eine produktive Zusammenarbeit entwickelt, die bis heute für beide Länder äußerst lukrativ ist und die hunderttausende Arbeitsplätze in Chile kriert hat. Ähnlich werden sich geflüchtete Menschen aus anderen Ländern, die hier studieren oder ausgebildet werden, später zu Kommunikatoren und Partnern zwischen den heutigen Flucht-Ländern und Deutschland entwickeln. Diese Perspektive kann für alle Seiten gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.</p>

3. Einstieg in den Beruf fördern

Junge Menschen wollen in ihrem Leben etwas erreichen. Sie möchten erfolgreich sein und das Beste aus ihrem Leben machen. Obwohl Geflüchtete gerne arbeiten oder eine Ausbildung machen wollen, bestehen umfassende rechtliche Einschränkungen und praktische Hindernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt.

Sehr viele 16- bis 21-jährige Geflüchtete sehen die Notwendigkeit für eine solide Ausbildung und möchten dafür gerne ihren Schulabschluss nachholen. Adäquate Beschulungsangebote fehlen jedoch. Eine sichere Aufenthaltsperspektive ist oftmals davon abhängig.

Der Schlüssel zu gelungener Integration ist neben der Beherrschung der deutschen Sprache insbesondere für junge Menschen eine gute Ausbildung zum Einstieg in ein Erwerbsleben. Ein durch eigene Arbeit finanziertes Leben von Geflüchteten entlastet unsere Sozialsysteme und bereichert die Stadtgesellschaft.

a) Wie wollen Sie möglichst allen geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Schulabschluss ermöglichen?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Wir brauchen gute Perspektiven für die heranwachsenden Generationen im Schul- und Arbeitsleben. Jugendliche mit und ohne Schulabschluss, die eine Berufsausbildung anstreben, erhalten in der Regel Beratung und Informationen durch die Agentur für Arbeit (Jugendberufsagentur Hannover). Ihre Aufgabe ist es, allen Jugendlichen in Fragen der Berufswahlentscheidung zu unterstützen und auch bei der Verwirklichung der Berufsentscheidung Unterstützung zu gewährleisten, z. B. durch die Gewährung von Beihilfen zur Berufsausbildung für die betriebliche Ausbildung. Die SPD begrüßt, dass manche Ausbildungsanbieter*innen kurze Betriebspraktika zur Berufsorientierung anbieten. Als hilfreich hat sich auch erwiesen, wenn schon nach dem ersten Ausbildungsjahr eine erste qualifizierende Prüfung abgelegt werden kann, die dann zu einer Assistenztaetigkeit im angestrebten Beruf befähigt. Darüber hinaus werden wir auch Zukunft diverse Projekte fördern, wie z. B. das von der Region Hannover geförderte Projekt „Ponte - Flüchtlingspaten-Brücken in den Arbeitsmarkt“ des kda (Kirchlichen Dienste Arbeitswelt). Dieses Projekt leistet Unterstützung und trägt dazu bei, dass Unternehmen und Flüchtlinge zueinander finden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass alle Jugendlichen in der Stadt Hannover ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechende</p>	<p>Wir glauben, es sind hier mehrere Zahnräder, die ineinandergreifen müssen. Das oben angeführte Integrationszentrum verknüpft mit den oben erwähnten Forderungen zur bildungspolitischen Ausrichtung der CDU Hannover dürfte sich im besten Fall auch auf die geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen auswirken.</p>	<p>Siehe oben Frage 2b.</p>

<p>Angebote finden und werden Unternehmen ermutigen, Ausbildungsplätze anzubieten und kooperative Projekte fördern, in denen junge Menschen Ausbildungsreife erlangen und ihren Weg finden können. Wir lassen niemanden zurück!</p>		
<p>FDP</p>	<p>Die Partei</p>	<p>Piraten</p>
<p>Das vielfältige mehrgliedrige Schulsystem, ergänzt durch die Angebote der Gesamtschulen und anderer weiterführender Bildungsangebote ist grundsätzlich geeignet, jedem einen Schulabschluss zu ermöglichen. Voraussetzung ist dafür natürlich die Beherrschung der deutschen Sprache, die durch Sprachlernklassen gefördert wird. Die komplexen Herausforderungen der Flucht und des Neuanfangs erschweren vielen Jugendlichen einen Neustart jedoch. Daher sind auch niedrigschwellige Angebote zu unterstützen, die auch älteren Jugendlichen den Erwerb eines Schulabschlusses ermöglichen.</p>	<p>Wir beginnen zunächst damit, dass wir niemandem im Mittelmeer ertrinken zu lassen, denn wer ertrunken ist, kann keinen Schulabschluss machen.</p>	<p>Spracherwerb ist der Schlüssel zu Stabilität und Entwicklung hier! Jeder und jede Geflüchtete muss ein unbedingtes Bleiberecht bekommen, wenn er oder sie in Ausbildung ist, zur Schule geht oder studiert. Dadurch ist Planungssicherheit und Stabilität gegeben. Hierzu müssen die gesetzlichen Grundlagen auch dahingehend geändert werden, dass die Teilnahme an Maßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache ab dem ersten Tag des Hiers-eins möglich ist und nicht von einem genehmigten Asylverfahren abhängt.</p>

b) Wie wollen Sie der hohen Durchfallquote von Geflüchteten bei der Abschlussprüfung in der Berufsausbildung entgegenwirken?

<p>SPD</p>	<p>CDU</p>	<p>GRÜNE</p>
<p>Die Region Hannover hat spezielle Projekte und Maßnahmen für junge Geflüchtete z. B. durch das Projekt „Kooperative Produktionsschule“, welches das Aneignen handwerklicher Fähigkeiten mit gleichzeitigem Deutschlernen und der Orientierung im Arbeitsmarkt verbindet. „Erfolgreich Dual“ soll Geflüchteten eine bewusster Ausbildungswahl ermöglichen und diesen, die bereits eine Ausbildung aufgenommen haben, bei Schwierigkeiten unterstützen, um Abbrüche zu verhindern. Mit dem „Integrationsfonds „Miteinander – Gemeinsam für Integration“ wird ein relativ weites Feld integrativer Projekte gefördert. Indirekt trägt dies ebenfalls zu verbesserten Berufseinstiegschancen bei. Zudem gibt es diverse Projekte wie die „Ausbildungs-</p>	<p>Siehe oben. Es gilt den Bildungsbereich weiter zu konzentrieren, Zugangsmöglichkeiten zum gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Dies könnte in dem o.g. Integrationszentrum möglich sein.</p>	<p>Hannover begrenzt. In jedem Fall setzen wir uns für die Weiterführung bestehender erfolgreicher Integrationsprojekte ein, um jugendliche Geflüchtete bei der Ausbildung zu unterstützen. Wichtig ist allerdings auch, dass die Grundlage für einen Erfolg bei der Berufsausbildung zuvor an den allgemeinbildenden Schulen sowie bei begleitenden Integrations- und Sprachkursangeboten gelegt wird. Hier sehen wir unseren Ansatzpunkt.</p>



<p>begleitung in der Pflegeausbildung“, die nicht ausschließlich für Geflüchtete sind, von ihnen aber sehr gut angenommen werden. Generell zeigen die Erfahrungen aus der Praxis, dass die mündlichen Sprachkenntnisse (inzwischen) oft gut sind, das Lese- und Schreibverständnis hingegen oftmals nicht, was wiederum eine Gefahr für den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung ist. Inzwischen wird in den Projekten jedoch verstärkt darauf geachtet, genau diese Schwäche zu beseitigen.</p>		
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Es ist davon auszugehen, dass eine hohe Durchfallquote Geflüchteter bei dem Abschluss einer Berufsausbildung – wie bei allen anderen Auszubildenden auch – auf mangelnde Leistungen zurück zu führen ist. Daher sollte hier untersucht werden, wo die Ursachen für überdurchschnittlich hohe Misserfolgsquoten liegen könnten. Es ist zu vermuten, dass es, da es sich wohl in den meisten Fällen nicht um mangelnde Motivation oder intellektuelle Eignung handelt, sondern dass es an der noch immer bestehenden Sprachbarriere liegt. Daher ist es wichtig, dass Sprache möglichst zuerst erlernt wird – oder zumindest intensiviert während der Ausbildung – damit persönliche Misserfolgserlebnisse vermieden und wichtige wirtschaftliche Ressourcen zielgerichtet in die Ausbildung möglichst geeigneter Personen investiert werden können.</p>	<p>Immodium für alle! Falls Immodium nicht hilft, könnte man diverse Dinge tun, die schon vorher greifen: Gemeinsame Lernorte schaffen, Buddy Programme und vieles mehr!</p>	<p>Wiederum ist hier Spracherwerb und Betreuung ein Schlüssel. Die Jugendlichen müssen begleitet werden und bis zum Abschluss eine Tutorschaft erhalten. Patenschaftssysteme und Unterstützung sind dafür das Mittel der Wahl. Aber auch Einstellungsgarantien können motivierend wirken. Das Bewusstsein einer Perspektive und auch einer Karrieremöglichkeit ist grundlegend. Dafür müssen wir zusammen mit den Verbänden und den Arbeitsagenturen gezielt arbeiten. Dafür sollte eine spezielle Perspektivkommission eingerichtet werden, die alle Bereiche von Sprachbildung bis Industrie umfasst. Dafür setzen wir uns auch kommunal ein.</p>

c) Wie können Sie darauf einwirken, dass die durch Corona noch verstärkt zutage getretenen Bildungsbenachteiligungen so berücksichtigt werden, dass sie sich nicht nachteilig auf eine sichere Aufenthaltsperspektive auswirken?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Geflüchteten (im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes) werden über den Bildungs- und Teilhabebereich z. B. zusätzliche Angebote zur Lernförderung oder auch Freizeitangebote finanziert. Die Bildungs- und Teilhabeleistungen kommen zwar ausdrücklich nicht ausschließlich Geflüchteten, sondern auch Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Haushalten generell zugute, aber sie leisten dennoch einen Beitrag für die gesellschaftliche Integration von jungen Geflüchteten mit dem Status als Asylbewerber*innen.</p>	<p>Siehe oben.</p> <p>Es wird in einer Analyse darum gehen müssen, welche Bereiche durch die Pandemie besonders ihre Schwachstellen aufgezeigt haben. Ein besonderer Fokus wird auf den digitalen Zugang von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, aber auch auf die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes zu richten sein. Die Analyse ist in Einklang mit geltenden Normen und Rechtsvorschriften zu bringen.</p>	<p>Die aktuelle pandemische Situation darf aus unserer Sicht nicht zu zusätzlichen persönlichen Härten führen. Insbesondere halten wir eine Abschiebung von Menschen in Krisen- oder sogar Kriegsgebiete oder in Länder mit möglicherweise schlechterer Pandemielage und medizinischer Versorgung grundsätzlich für untragbar.</p>
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Bildungsbenachteiligungen sind während der Corona Pandemie nicht nur bei Schülerinnen und Schülern mit Fluchtgeschichte zu Tage getreten. Die Maßnahmen wie Sommerschule (siehe oben) sowie die Möglichkeiten für Lernförderungen, die durch das BUT allen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen, sind für viele Kinder von großer Bedeutung und es ist darauf hinzuwirken, dass Schülerinnen und Schüler, aber auch die Erziehungsberechtigten auf diese Möglichkeiten hingewiesen werden. Hier muss in Unterkünften und durch Integrationshelfer intensiv beraten und kommuniziert werden, damit diese Chancen trotz möglicher Sprachbarrieren erkannt und wahrgenommen werden.</p>	<p>Das übersteigt unsere lokalen Kompetenzen und Wirkungsbereiche, aber offenbar auch die von Herrn Tonne und Frau Karliczek. :-(</p>	<p>Regelungen zur Sicherung einer Aufenthaltsperspektive müssen leicht verständlich und klar sein. Bildung und Schule sind Systeme, die nicht nur didaktische Bedeutung haben, sie sollen auch Sicherheit geben und es muss gesetzlich klar sein, dass bei Absacken durch besondere Umstände wie Corona nicht die Schüler:innen bestraft werden, sondern im Gegenteil mehr Unterstützung vonnöten ist. Eine weniger leistungsbezogene Beurteilung kann da sehr viel bewirken. Weiterhin muss klar sein, dass ein Aufenthaltsrecht nicht vom Bildungsabschluss abhängig sein darf.</p>

4) Nutzungsgebühren sozial gerecht gestalten

Seit dem 1. August 2020 werden für die Unterbringung von Geflüchteten und Obdachlosen Nutzungsgebühren erhoben, die die ortsüblichen Vergleichsmieten deutlich übersteigen. Dies ist insbesondere für integrationswillige Geflüchtete, die ihren Unterhalt selbst finanzieren, ein starker Rückschlag. Oft sind sie durch die hohen Gebühren von 411 € wieder auf Transferleistungen angewiesen, was ihre Motivation untergräbt und ihre Bleibeperspektive verschlechtert.

Zudem gibt es durch die neue Satzung Auswirkungen, die soziale Härten hervorrufen:

- Durch die schleppende Zustellung der Gebührenbescheide, sind viele Geflüchtete ohne eigenes Verschulden in eine Schuldenfalle getappt.
- Geringverdienern mit einem Nettoeinkommen unter 718 € wird eine Ermäßigung der Gebühren verwehrt, darüber wird sie bis 1.300 € Nettoeinkommen jedoch eingeräumt.
- Für mehrköpfigen Familien, die gemeinsam untergebracht sind und bei denen jede Person ein eigenes Einkommen hat, gibt es keine Staffelgebühren. Jede Person muss den vollen Betrag von 411 € entrichten.
- Schlichtwohnungen sind von einer Ermäßigung der Gebühren ausgeschlossen.
- Abtretungserklärungen enthalten Pfändungsrechte ohne Pfändungsfreigrenzen.

Was werden Sie tun, um diese Härten abzubauen?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Die SPD hat sich von Anfang an dafür ausgesprochen, diese Regelung nur einzuführen, wenn gleichzeitig beobachtet wird, welche Konsequenzen diese im Alltag der Menschen hat, um nachsteuern zu können. Aufgrund von Rückmeldungen haben wir Initiative ergriffen, die Satzung zu überarbeiten. Es darf nicht durch den Einzug von Gebühren nach verspäteter Zustellung des Bescheides zu einer erheblichen Verschuldung, einer sog. Kumulation von Gebührenrückständen kommen. Eine Möglichkeit kann auch der Erlass von Gebühren sein. Außerdem sollen die Bewohner*innen nach unserem Willen künftig mehr Rechte erhalten und u. a. persönliche Einrichtungsgenstände in die Unterkunft mitnehmen können. Auch hier haben wir in den zurückliegenden Haushaltsplanberatungen nachgesteuert und gemeinsam mit den Partner*innen im Ampelbündnis einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Es müssen insgesamt praktikable Lösungen gefunden werden, die mit der geltenden Unterbringungssatzung vereinbar sind und trotzdem Lockerungen zulassen. Wir gehen zudem</p>	<p>Die CDU Hannover will Menschen würdig begegnen. Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch zur Freiheit berufen ist, der seine Grenzen lediglich im eigenen Gewissen und der Freiheit des Anderen hat. Die individuelle Freiheit ist also ein sehr hohes Gut. Weil der Mensch jedoch auf Gemeinschaft hin angelegt ist – unserer Auffassung nach als soziales Wesen geschaffen ist – ist das Maß seines Verhältnisses zu seinen Mitmenschen die Solidarität. Und diese Solidarität haben wir nicht zuletzt auch in der Flüchtlingskrise als Bundesrepublik Deutschland deutlich gemacht. Es gilt, wie in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, dass dieser digitaler, flexibler und dadurch schneller und gerechter wird. Soziale Ungleichheiten begegnen wir dadurch, dass wir als CDU Hannover hinsehen, nachfassen und mit Expertise es besser machen wollen.</p>	<p>Das Problem ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Kosten für die Unterbringung rechtssicher mit der Region Hannover abzurechnen – insbesondere in den Fällen, in denen Geflüchtete ihren Lebensunterhalt noch nicht selbst bestreiten können. Die Landeshauptstadt allein wäre damit überfordert, die Kosten zu tragen. Ein unbeabsichtigter Nebeneffekt ist, dass Geflüchtete, die auf eigenen Beinen stehen, besonders belastet werden. Selbstverständlich müssen diese individuellen sozialen Härten aufgefangen und dafür Wege gefunden werden.</p>

<p>davon aus, dass in der Verwaltung grundsätzlich eine hohe Bereitschaft zur Klärung einzelner Fälle besteht. Dazu setzen wir auf ein verbessertes Informationsangebot, u. a. durch eine FAQ-Übersicht, die in verschiedene Sprachen übersetzt und zukünftig zusammen mit den Bescheiden verschickt werden</p>		
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Es wurde seitens der Verwaltung bereits erkannt, dass die spät verschickten Bescheide zu erheblichen Problemen geführt haben. Daher wurde hier verwaltungsseits und politisch begleitet bereits nachgesteuert, um unbillige Härten zu vermeiden.</p> <p>Die neue Satzung zur Unterbringung ist das Ergebnis langer Gespräche und Verhandlungen. Das Ziel war es insbesondere, die Satzungen zur Unterbringung von Obdachlosen und Geflüchteten zu harmonisieren, um Ungleichbehandlungen zu beenden, die in der Praxis ohnehin nicht mehr umzusetzen waren – insbesondere durch die Anerkennung Geflüchteter, die dann formal in eine Obdachlosenunterkunft hätten umziehen müssen. Zugleich war es wichtig, dass die Umsetzung der gefassten Regeln praktikabel kontrollierbar und transparent sein sollte. Die von Ihnen kritisierte fehlende Gebührenreduzierung für Geringverdiener ergibt sich daraus, dass diese Menschen „Aufstocker“ über die Sozialleistungsträger sind – im Falle einer Antragstellung. Würde man hier die Gebühren reduzieren, würde die Kommune letztlich die Sozialleistungsträger subventionieren, was nicht als sinnvoller Mitteleinsatz im Sinne der Betroffenen zu sehen ist. Das dies möglicherweise die Motivation zu Eigeninitiative mindert ist nicht ein Problem, das nur Geflüchtete in Unterkünften betrifft. Vielmehr ist es etwas, das viele tausend Menschen in Deutschland betrifft, da die Wohnkosten hoch sind. Dennoch ist dies eine Hilfe und keine Bestrafung. Die Gebührensatzung ist nach unserem Dafürhalten ein relativ guter Kompromiss, der Kostendeckungsgrade für die Unterbringung zwischen 75% bei Wohnungen und ca. 38% bei Wohn-</p>	<p>Die Nutzungsgebühren sozialverträglich neu anpassen. Das haben wir auch schon bei der Zusammenlegung der Satzung Unterbringung in einem Antrag gefordert.</p>	<p>Ein Grundeinkommen für Geflüchtete, um ihre Selbstständigkeit zu ermöglichen, wäre das Mittel der Wahl für Menschen mit Fluchterfahrung.</p> <p>Die ganze Gesetzgebung ist menschenverachtend und muss schnellstens dem Artikel 1 im Grundgesetz angepasst werden! Die Würde des "Menschen" ist unantastbar! Nicht des "Deutschen"!</p> <p>Die Beantragung der Unterstützungsleistungen müssen vereinfacht werden und die Beiträge zu Wohnen und Unterhalt dürfen die tatsächlichen Kosten der Wohnung nicht überschreiten. Das werden wir befürworten und eine neue Satzung mit diesen Änderungen im Rat der Stadt beantragen, so wie wir die bestehende Satzung mit all ihren Schwächen schon abgelehnt haben.</p>

<p>heimen ermöglicht. Diese Zahlen zeigen, dass die Gebühren an sich nicht unverhältnismäßig hoch sind und der Steuerzahler bis zu 62% die Unterbringung Obdachloser und Geflüchteter solidarisch mitfinanziert. Das ist in unseren Augen vertretbar. Ob es im Einzelnen Nachbesserungen bei der Ausgestaltung geben muss, wird man in der Praxis sehen müssen. Wir sind hier im engen Austausch mit der Verwaltung, um ggf. rechtzeitig nachsteuern zu können.</p>		
---	--	--

5) Wohnen in der eigenen Wohnung fördern

Eine eigene Wohnung zu bewohnen, bedeutet Teilhabe und Integration im Wohnquartier. Es bedeutet aber auch Ankommen, Planungssicherheit und letztendlich Heimatgefühl.

Geflüchtete müssen in Hannover nach wie vor überwiegend in Gemeinschaftsunterkünften oder städtischen Wohnprojekten leben. Gestatteten oder Geduldeten ist der Zugang zu eigenem Wohnraum kaum möglich, selbst wenn sie in Arbeit oder Ausbildung stehen. Oft müssen sogar Geflüchtete mit Aufenthaltstitel in Gemeinschaftsunterkünften verbleiben, weil sie keinen anderen Wohnraum finden und von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt betroffen sind.

a) Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Wohnungssituation für Geflüchtete in Hannover zu verbessern?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Hannover ist durch die vorausschauende Baupolitik der vergangenen Jahre, die unter Federführung der SPD stattfand, bereits auf einem guten Kurs, der in den kommenden Jahren konsequent weiterentwickelt und fortgesetzt werden muss. Innerhalb des letzten Jahrzehnts ist unsere Stadt um etwa 30.000 Einwohner*innen gewachsen. Gleichzeitig wurde in den letzten Jahren Baurecht für etwa 11.000 Wohnungen geschaffen - vorwiegend aus dem Wohnkonzept 2025, welches auf unsere Initiative in den Rat eingebracht wurde. Das Wohnkonzept 2025 soll zu einem Wohnkonzept 2035 erweitert sowie das Wohnraumförderungsprogramm fortgeschrieben und neuesten Entwicklungen angepasst werden. Damit wollen wir bis 2026 bis zu 10.000 neue Wohnungen schaffen.</p> <p>Die Stadt Hannover hat zudem ein eigenes Wohnraumförderungsprogramm aufgelegt. Es basiert auf Zuschüssen und gilt für sozial geförderten Wohnraum in</p>	<p>Wir fordern, die Wohnsituation von gesellschaftlich benachteiligten Menschen zu untersuchen. Wir wollen prüfen, wie durch Belegrechte der Stadt oder durch Tauschbörsen, bei denen beispielsweise Ältere und Jüngere ihre Wohnungen tauschen, die Versorgungslage mit Wohnraum verbessert werden kann. Immer wieder werden Menschen durch Schicksalsschläge aus der Bahn geworfen, rutschen unverschuldet ab und landen im Extremfall auf der Straße. Um ihnen helfen zu können, braucht es neben Wohnraum eine Verknüpfung der Sozial-, Gesundheits- und Pflegesysteme. Wir brauchen klar</p> <p>Seite 5 zum Schreiben vom 14.07.2021</p> <p>geregelter Kooperationsstrukturen. So kann auch Geflüchteten geholfen werden, die trotz eines niedrigschwiligen Angebots aus dem Fokus geraten sind. Wir fordern unter anderem, eine „Task Force Wohnungslosenhilfe“ zur Akquise von Fördermitteln der</p>	<p>Zunächst setzen wir uns weiterhin für den Vorrang dezentraler Unterbringung für neu ankommender Migrant*innen in Übergangswohnungen und eine gute sozialpädagogische Begleitung ein. Wenn eine solche dezentrale Unterbringung nicht möglich ist, müssen Wohnheime hohen Standards genügen und insbesondere auch Rückzugs- und Schutzräume für traumatisierte Geflüchtete bieten. Das Ziel bleibt jedoch in beiden Fällen der schnellstmögliche Übergang in eigene Wohnungen.</p>

<p>verschiedenen zwischen 5,80 Euro und 7,20 Euro pro qm. Hierfür stehen seit 2013 bis einschließlich 2023 über 80 Millionen Euro im städtischen Haushalt zu Verfügung, bisher konnten dadurch 2.319 Wohnungen kommunal gefördert werden. Zusätzlich gibt es seit 2016 die Wohnungsbauoffensive. Darüber sollen mindestens 1.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Dieser Vertrag wurde mittlerweile verlängert mit Maßgabe, 1.300 Wohnungen pro Jahr zu bauen.</p>	<p>EU und des Bundes zu bilden, um die finanzielle Basis von Hilfestrukturen zur Verbesserung der Lebenssituation von u.a. Wohnungslosen zu optimieren.</p>	
<p>FDP</p>	<p>Die Partei</p>	<p>Piraten</p>
<p>Der Wohnungsmarkt in Hannover ist nach wie vor angespannt. Insbesondere sozial und wirtschaftlich schlechter gestellte Menschen haben große Probleme. Politik und Verwaltung bemühen sich seit Jahren auslaufende Belegrechte zu verlängern und sozialen Wohnungsbau zu fördern. Zuletzt wurde das Bündnis für Wohnen mit der Baubranche verlängert und eine 30% Quote für sozialen Wohnungsbau in Neubauten durch die FDP und ihre Partner auf den Weg gebracht. Das sind wichtige Impulse, denn nur durch mehr, schnelleres und ausgewogeneres Bauen kann die Wohnungssituation für alle verbessert werden. Da der Status als nicht anerkannter oder geduldeter Flüchtling rechtlich ein anderer ist als der von anerkannten Geflüchteten, ist es in unseren Augen richtig, dass die Stadt zunächst bemüht ist, solche Menschen mit anerkanntem Status und sicherer Bleibeperspektive in den knappen verfügbaren Wohnraum zu vermitteln. Auch für Menschen ohne Migrationsgeschichte ist das oft schwer. Daher wird die FDP sich auch weiterhin für eine Intensivierung der Bautätigkeit im mittleren und unteren Preissegment und für den weiteren Ausbau von Belegrechten der Stadt einsetzen, da dies der effektivste Weg ist, Menschen in regulären Wohnraum zu vermitteln.</p>	<p>Mehr bezahlbarer Wohnraum für alle, nicht nur mit Belegrechtsschein; mehr geschossige Wohnungen; den Rest erledigt der demographische Wandel.</p>	<p>Es muss sichergestellt werden, dass es nicht zu einer Konkurrenz zwischen "Einheimischen" mit geringem Einkommen und solchen mit Geflüchteten Status kommt. Insofern rächt sich bitter die Wohnungsbaupolitik auf Landesebene mit der Auflösung der Landeswohnungsbau-Gesellschaft, aber auch das Auslaufenlassen von bestehenden Verträgen zum sozialen Wohnungsbau, ohne dies durch eine ausreichende Zahl an Neubauten zu kompensieren. Da auch der für Neubauten in ausreichendem Maß zur Verfügung stehende Boden begrenzt ist, ist auch der in Hannover zumindest mit einer Quote von 30% sozial gefördertem Wohnraum beinhalten muss, knapp. Hier müssen Vereinbarungen mit den Umlandgemeinden getroffen werden, die dort Bauten in der Verantwortung der Stadt Hannover ermöglichen. Auch müssen die auf Landesebene im Gesetzgebungsverfahren befindlichen neuen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen im Bereich der Wohnraumversorgung umgesetzt werden, sobald sie gelten. Neben der sozialen Wohnraumförderung könnten kommunale Wohnungsbaugesellschaften damit zu einem weiteren wichtigen Baustein für eine ausreichende Wohnraumversorgung der Bevölkerung werden.</p> <p>Mit anderen Worten: Die Kommune muss endlich selber bauen und nicht den Investor:innen den Markt überlassen! Nur so können wir die Entwicklung der Mieten beeinflussen. Beispiel dafür ist Wien mit der Gemeindebausatzung oder auch Münster, wo die</p>

		<p>Vergabe von Aufträgen für Wohnungsbau immer an den Anbieter mit den günstigsten m² Preisen erfolgt. Das werden wir im Rat der Stadt in der neuen Ratsperiode vertreten und beantragen.</p>
--	--	--

b) Werden Sie nach der Wahl Maßnahmen ergreifen, um mehr Wohnraum für sozial Schwache zu fördern?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Die HANOVA Wohnen als Tochter der Landeshauptstadt erhält eine Kapitalzuführung in Höhe von zwölf Millionen Euro in diesem Jahr und darf ab 2023 eine Millionen Euro jährlich weniger an die Landeshauptstadt als Gewinn ausschütten, um das Geld für den Wohnungsbau einzusetzen. Bei dieser Kapitalzuführung ist auch eine Zweckbindung für Aufgaben der Wiederherrichtung von Bedürftigen-Unterkünften Teil des Beschlusses.</p>	<p>Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Vor allem ältere Menschen und junge Familien haben es besonders schwer. Das Hauptproblem: Im frei finanzierten Neubau entsteht nahezu ausschließlich Wohnraum im hohen bis sehr hohen Preissegment. Wir wollen in Hannover mehr Wohnraum für alle Schichten und alle Lebenssituationen schaffen. An erster Stelle stehen dabei der Erhalt und die Schaffung preiswerter Wohnungen. Wir fordern mehr sozialen Wohnungsbau. Dieser muss dabei stadtweit in neue Baugebiete und bestehende Stadtteile besser integriert werden.</p> <p>Wir fordern die Einführung eines generationen- und milieübergreifenden Modellprojektes „Wohnungstauschbörse“.</p>	<p>Ein wichtiges Ziel der GRÜNEN ist der Bau und Erhalt von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit besonderen Bedarfen. Wir wollen deshalb den Anteil der sozial geförderten Wohnung bei öffentlichen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften deutlich erhöhen. Wir stehen für eine Fortschreibung des städtischen Wohnraumförderprogramms und dafür, dass die städtische Wohnungsgesellschaft Hannova im Sinne des Gemeinwohls günstige, bezahlbare und energieeffiziente Wohnungen baut. Um dies zu ermöglichen, sollen die Gewinne der Hannova im Unternehmen verbleiben und nicht an den städtischen Haushalt ausgeschüttet werden. An der Sozialquote für Neubauten halten wir fest: Auch zukünftig sollen 30 Prozent aller neugebauten Wohnungen verpflichtend dem sozialen Wohnungsmarkt für untere und mittlere Einkommen zur Verfügung stehen. Die Dauer der Sozialbindung wollen wir auf mindestens 25 Jahre verlängern.</p>
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Ja. Siehe Antwort zu 5a</p>	<p>Ja</p>	<p>Wie angesprochen besteht bereits jetzt die Verpflichtung, bei neu erstelltem Wohnraum 30% geförderten Wohnraum zu erstellen.</p> <p>Wir werden im Rat die Erhöhung auf eine Quote von 50% beantragen, weil wir weit über 50% Jugend und Kinderarmut in unserer Stadt haben. Das hauptsächlich bei Alleinerziehenden. Und die Mieten sind in den letzten Jahren ungebremst gestiegen. Wir werden beantragen, dass dem ein Riegel vorgeschoben wird!</p>

		<p>Um die soziale Durchmischung sicher zu stellen und Ghettobildung zu vermeiden, halten wir dies für angemessen. Dies gilt auch für die ganze Region Hannover.</p> <p>Ansonsten verweisen wir an dieser Stelle auf unsere Antworten unter a)</p>
--	--	---

c) Wenn ja, wie werden Sie sicherstellen, dass auch Geflüchtete daran partizipieren?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Wir wollen die Vielfalt und das Zusammenleben fördern. Deshalb wollen wir Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderungen, queeren Menschen und anderen, marginalisierten Personengruppen den gleichen Zugang zum Wohnungsmarkt ermöglichen, wie es rechtlich vorgeschrieben, aber längst noch nicht Praxis ist. Wir setzen uns dafür ein, dass auf dem Wohnungsmarkt Gleichberechtigung besteht. Wir wollen die Belegrechte für Wohnungen weiter sichern und ihre Anzahl ausbauen. Wir werden den Wohnungsmarkt zudem weiter entlasten, indem wir ausreichend Flächen für den Wohnungsbau bereitstellen und dafür sorgen, dass Wohnen in Hannover erschwinglich bleibt.</p>	<p>Wir glauben, dass die oben genannten Ansätze integrative Ansätze darstellen und sämtliche Gruppen einbinden, Brücken bauen und dadurch auch Geflüchtete profitieren.</p>	<p>Entscheidend wird sein, dass die für die Unterbringung zuständigen Stellen innerhalb der Stadtverwaltung gut kooperieren, um den beschriebenen Übergang von der zentralen oder dezentralen Unterbringung in eigene Wohnung zu unterstützen. Zu prüfen wäre, inwiefern hierfür eigene Wohnungskontingente sinnvoll sein können.</p>
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Anerkannte Geflüchtete profitieren von mehr Belegrechten und sozialem Wohnungsbau in gleichem Maße wie Anspruchsberechtigte ohne Fluchtgeschichte.</p>	<p>Das ist eine sehr gute Frage. Generell beschäftigen wir uns mit bürgerlichen Teilhabe- und Partizipationsmaßnahmen, die auch wirkliche Partizipation beinhaltet und nicht nur Bürger*innenteiligung zum Schein. Der Gedanke in ihrer Frage sollte deswegen künftig auf eine geeignete Art und Weise Einzug in die Prozesse erhalten.</p>	<p>Die Zuweisung von sozial gefördertem Wohnraum wird schon jetzt nach gleichen Kriterien für alle Berechtigten durchgeführt. Es werden sozial Benachteiligte wie Geflüchtete und Behinderte Menschen bei der Vergabe bevorzugt behandelt. Das Prinzip des Nachteilsausgleiches muss gerade in diesem Bereich uneingeschränkt gelten.</p> <p>Auch hier verweisen wir auf unsere Antworten unter a)</p>

6) Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in Hannover

Ehrenamtliche Unterstützer*innen sind maßgeblich an gelingender Integration beteiligt. Das haben Untersuchungen ergeben (z.B. VHW/DESI: Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen, 2019 oder INBAS Sozialforschung: Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Arbeit mit Geflüchteten, 2018). Das betrifft vor allem die Bereiche Spracherwerb, Vermittlung zu Behörden, Arbeitsmarktintegration usw. Dabei sind die ehrenamtlich tätigen Menschen in der Lage, viele Lücken zu füllen, die im öffentlichen Bereich bestehen und eine sehr individuelle Betreuung vorzunehmen, die die öffentlichen Institutionen niemals leisten könnten. Nicht zuletzt trägt der persönliche Kontakt zu einem gesellschaftlichen Ankommen in Hannover bei. Was jedoch fehlt, ist eine Verstärkung bestehender erfolgreicher hauptamtlicher Unterstützung und seit dem Wegfall der Landesmittel eine ausreichende Auslagerung für Ehrenamtliche.

Wie wollen Sie das erfolgreiche Ehrenamt in der Geflüchtetenarbeit weiter unterstützen?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Tage können wir nur gemeinsam begegnen. Wir sind aufeinander angewiesen und ganz besonders auf Menschen aus unserer Mitte, die für andere Verantwortung übernehmen. Ehrenamtliche Unterstützer*innen leisten einen maßgeblichen Beitrag an gelingender Integration. Dieser Beitrag zur Gemeinschaft stärkt unser aller Lebensqualität und kann nicht hoch genug geschätzt werden. Ehrenamtliches Engagement ist in jedem Fall unverzichtbar für unser Gemeinwesen. Daher findet z. B. die jährliche Zuwendung an den Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte e.V. für die Finanzierung einer Geschäftsstellenleitung des Vereins zur zentralen Koordinierung und Vernetzung der ehrenamtlichen Aktivitäten zur Unterstützung der geflüchteten Menschen in Hannover in Höhe von 70.398 Euro in 2021 und in Höhe von 70.715 Euro in 2022 unsere volle Unterstützung. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass diese freiwillige Leistung trotz der angespannten Haushaltslage nicht zur Disposition steht.</p>	<p>Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Stadtgesellschaft. Die Sportvereine, die Jugendarbeit, viele Kulturinitiativen sowie die vielfältigen sozialen Angebote bis hin zur rechtlichen Betreuung oder der Pflege und viele mehr leben vom Engagement vieler Menschen, die um der Sache Willen dabei sind: unseren Ehrenamtlichen! Die CDU steht dafür, die ehrenamtlich Tätigen aller Altersgruppen bei ihrer Arbeit zu unterstützen und für alle Bereiche mehr Personen für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Wir achten den Beitrag von Stifterinnen und Stiftern zu unserer Stadtgesellschaft und setzen uns für den Erhalt ihrer Stiftungen ein.</p> <p>Wir fordern, die vorhandenen Strukturen zu erhalten und deren personelle Ausstattung zu verbessern. Mit hauptamtlicher Unterstützung soll den Ehrenamtlichen die Arbeit erleichtert werden. Ihnen sollen bessere Möglichkeiten gegeben werden, um ihre Fähigkeiten und Kenntnisse, die sie für ihre Arbeit einsetzen, beständig zu erweitern und zu erhalten.</p> <p>Wir fordern einen Bericht über die Zahl, Situation und Tätigkeitsfelder der in Hannover tätigen Ehrenamtlichen, der zur Mitte der nächsten Ratsperiode vorgelegt wird, um sowohl die Arbeit zu dokumentieren als auch Lücken aufzuzeigen und Wege zu deren Beseitigung darzustellen. Dieser soll auch künftig, jeweils zur Hälfte der Wahlperiode, vorgelegt werden. Der bundesweite Deutsche Freiwilligensurvey ist gut, aber wir</p>	<p>Ehrenamt braucht Hauptamt. Wir setzen uns weiterhin für eine hauptamtliche Unterstützung der wichtigen ehrenamtlichen Geflüchtetenarbeit ein.</p>

	<p>brauchen auch ein Bild von den mehr als 150.000 ehrenamtlich tätigen Hannoveranerinnen und Hannoveranern.</p> <p>Wir fordern eine Bilanz nach mehr als 10 Jahren „Ehrenamtskarte“ in Hannover: Wer hat sie, wer nutzt sie, welche der 250 Vergünstigungen sind ausbaufähig, wie kann das Angebot erweitert werden? Wir fordern, zusätzlich die Besitzerinnen und Besitzer der Ehrenamtskarte zu befragen, um ein umfangreiches Bild zu erhalten und gezielter Unterstützung und Förderungen anbieten zu können.</p>	
FDP	Die Partei	Piraten
<p>Die Freien Demokraten schätzen das Ehrenamt sehr. Bürgerschaftliches Engagement, den Wunsch, der Gemeinschaft etwas zurück zu geben und das gelebte Miteinander des Ehrenamts – egal in welchem Bereich – sind für unser Gemeinwesen und unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert.</p> <p>Dies gilt auch für die intensive und verlässliche Arbeit der vielen ehrenamtlichen Unterstützungsinitiativen für geflüchtete Menschen. Staat kann nicht alles besser – er kann sogar vieles nicht besser – als die Menschen die sich mit Leidenschaft und persönlichem Engagement ehrenamtlich einsetzen. Daher wird z.B. der Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte seit nunmehr vielen Jahren von der Stadt durch die Haushaltsbeschlüsse der FDP und ihrer Partnerinnen finanziell unterstützt und dies ja auch in wachsendem Umfang, damit das Hauptamt bezahlt werden kann, um die ehrenamtlichen Tätigkeiten zu unterstützen. Hier gilt es auch in den kommenden Haushaltsverabschiedungen darauf zu achten, dass systematische Unterstützung für wirkungsvolle ehrenamtliche Arbeit verlässlich aufrechterhalten oder ausgebaut wird.</p>	<p>Das Ehrenamt ist weiterhin aus der Landeshauptstadt nicht wegzudenken und neben der von uns geforderten und umgesetzten Dynamisierungen im Bereich Zuwendungen, sind finanzielle Mittel auch zukünftig enorm wichtig. Darüber hinaus halten wir eine Ausweitung der Ehrenamtskarte als kleines Dankeschön für einen guten Weg, Die wichtige Frage ist aber, was wünschen sie sich?</p>	<p>Wie Sie richtig feststellen, ist die finanzielle Ausstattung der ehrenamtlich Helfenden eine Grundlage für deren Arbeit. Hier müssen kommunale Mittel den Ausfall der Landesmittel zumindest kompensieren. Entsprechende Haushaltsbegleitanträge in der nächsten Haushaltsperiode sollten dafür sorgen. Freifahrtsscheine für den ÖPNV sind das Mindeste und weitere Zusatzleistungen mit der Ehrenamtskarte müssen umgehend beschlossen werden. Weiterhin ist freier Eintritt zu allen Kultureinrichtungen für uns selbstverständlich. Und Netzwerkstrukturen müssen gestärkt werden, damit jeder und jede EhrenamtlerIn jederzeit Rat, Unterstützung und Hilfe bekommen kann.</p> <p>Natürlich ist die Grundlage unserer Sozialpolitik das Bedingungslose Grundeinkommen, das die Strukturen für eine Gleichstellung von Lohn,- und Ehrenamt garantieren würde. Damit wäre die unendlich viele Arbeit, die in Ehrenamtsleistungen geht, von Kindern bis Senioren, adäquat entlohnt. Das ist unser wichtigstes Ziel. Und: Ohne die Ehrenamtleistenden wäre unsere Stadt, die Region und das ganze Land ein verlorenes.</p>

7) Ombudsstelle: Anlaufstelle für Geflüchtete und ihre Unterstützer:innen

Geflüchtete Frauen, Kinder und Männer, die bei uns Schutz suchen, befinden sich häufig in Situationen mit großen Machtungleichgewichten und geraten dadurch leicht in Notlagen, aus denen sie allein nur schwer herausfinden. Als vulnerable, besonders schutzbedürftige Gruppe und unabhängig davon, ob sie in Gemeinschaftsunterkünften oder eigenen Wohnungen untergebracht sind, sehen sie sich im Alltag immer wieder diskriminierend und ungerecht behandelt. Vertrauenswürdige Ansprechpartner:innen und Schutzmechanismen sind deshalb für die Betroffenen besonders wichtig.

So könnten Ombudspersonen als unabhängige Vertrauenspersonen den Beschwerden nachgehen, um eine ungerechte Behandlung von Personengruppen zu verhindern. Eine unabhängige Anlaufstelle, die Hinweisen von Flüchtlingen wie auch von Ehrenamtlichen und anderen nachgeht, kann hier eine wichtige Schutzfunktion übernehmen. Ihr Ziel wäre es, gravierende Fälle von Gewalt, sexuellen Übergriffen, Diskriminierung und Verstöße gegen die Menschenwürde aufzunehmen, vertraulich zu behandeln, Hilfe zu vermitteln und der Politik zu berichten. Sie haben dabei die Bedürfnisse der Personen im Blick, deren Belange als Gruppe infolge eines fehlenden Sprachrohrs ansonsten wenig beachtet würden. Eine solche Anlaufstelle kann zum Beispiel eine Ombudsstelle nach Kölner Vorbild sein.

Flüchtlinge brauchen Schutz!

Wie bewertet Ihre Partei eine unabhängige Ombudsstelle und würden Sie sich dafür einsetzen, diese in Hannover zu etablieren?

SPD	CDU	GRÜNE
Die SPD setzt bislang auf die gute Arbeit der Mitarbeitenden des Integrationsmanagements. Es ist unstrittig, dass durch den Einsatz des städtischen Integrationsmanagements vielen Menschen in den Flüchtlingsunterkünften ein guter Weg in die Stadtgesellschaft vermittelt werden konnte. Die Sozialarbeiter*innen des Integrationsmanagements bieten auch heute noch in allen in allen Unterkünften in der Stadt Hannover bei Bedarf bzw. auf Anforderung Sprechstunden und Beratungen an. Dazu gehört auch Unterstützung im Umgang mit Behörden und anderen Institutionen. Künftig wird das Thema Unterbringung im Sozialdezernat verankert sein. Dadurch werden sich bei der Neuorganisation des Bereiches viele Synergieeffekte ergeben, deren Wirkung wir aufmerksam prüfen werden. Inwieweit der Einsatz einer Ombudsstelle als Anlaufstelle für Geflüchtete sinnvoll sein kann, muss im Lichte der Neuorganisation diskutiert werden.	Wir glauben wir müssen stärker das „Wir“ in einer immer stärker polarisierenden Bevölkerung betonen. Eine Stadtgesellschaft, die das Potenzial ihrer Vielfalt erkennt, ist eine starke Gesellschaft. Sogenannte Brückenbauer oder Beauftragte können dabei ein verbindendes Element sein. Daher fordern wir die Prüfung der Einrichtung sogenannter Diversitätsbeauftragter. Unabhängig vom Diversitätsmerkmal sollen sämtliche Gruppen nach der Charta der Vielfalt eingebunden und unterstützt werden.	Wir stehen einer solchen Ombudsstelle aufgeschlossen gegenüber. Wir würden zunächst prüfen, inwieweit eine solche Ombudsfunktion im Rahmen von oder angeschlossen an bestehende Strukturen, z. B. die Geflüchtetensozialarbeit oder die Antidiskriminierungsstelle, sinnvoll umsetzbar ist.
FDP	Die Partei	Piraten
Hannover hat eine sehr erfolgreich arbeitende Antidiskriminierungsstelle und vielfältige Angebote für Opfer	Wir finden das sehr gut und haben in der Vergangenheit bereits schon eine Ombudsstelle für Obdach- und	Wie in allen Fällen, in denen es zu Konflikten zwischen Behörden und Betroffenen kommen kann und

<p>sexualisierter Gewalt oder häuslicher Gewalt. Die Angebote, die die Landeshauptstadt Hannover finanziert sind groß, vielfältig und interkulturell und machen zum Großteil eine sehr erfolgreiche Arbeit. Daher sieht die FDP hier keinen spezifischen weiteren Beratungsbedarf.</p>	<p>Wohnungslose beantragt, was aber abgelehnt wurde. Mit der gemeinsamen Satzung für Unterbringung, die wir im Kern für richtig halten, aber massive Grundrechtseinschnitte und finanzielle Hürden kritisieren, wäre es gut das Thema nach der Wahl wieder auf den Tisch zu bringen. Dabei ist es wichtig, dass sie unabhängig ist und für Betroffene, Sozialarbeitende, Wachpersonal etc offen ist.</p>	<p>regelmäßig kommt, halten wir eine wirklich unabhängige Beschwerde-/Ombudsstelle für eine sinnvolle und notwendige Einrichtung. Voraussetzung für eine zielführende Arbeit müssen umfangreiche Kompetenzen, Akteneinsichts- und Auskunftsrechte sein. So ließen sich auch Verwaltungsgerichtsprozesse vermeiden, die bei offensichtlich nicht mit geltendem Recht übereinstimmenden Abschiebeanordnungen die öffentlichen Kassen unnützlich belasten. Auch diesen Antrag haben wir bereits gestellt, wurden von der Ampelkoalition dagegen überstimmt und werden aber massiv damit wiederkommen.</p>
--	--	--

8) Neue Ideen zur Integration

Unsere Erfahrung ist: Integration passiert nicht von alleine. Anfängliche Unterstützung bei den ersten Schritten in unsere Gesellschaft bis zur Hilfe zur Selbsthilfe sind wichtige Bausteine auf dem langen Weg zu einem wirklichen Ankommen und zuhause fühlen in unserer Gesellschaft. Diesen kontinuierlichen Prozess begleiten wir seit nunmehr acht Jahren. Viele neue Projekte sind dabei entstanden und konnten umgesetzt werden.

Deshalb sind wir auch für neue Ideen offen, die die Integration und Teilhabe der Geflüchteten in unsere Stadtgesellschaft fördern.

Welche Ideen haben Sie?

SPD	CDU	GRÜNE
<p>Wir konnten in der Vergangenheit wichtige Projekte zur Integrationsförderung bereits umsetzen, darunter die Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplans (LIP). In unseren Hannover-Plan haben wir zudem viele Maßnahmen dargelegt, die wir in der kommenden Wahlperiode erreichen wollen, darunter:</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Anteil der Angestellten mit einer Migrationsbiografie in der Stadtverwaltung deutlich steigern – vor allem in den leitenden Positionen • die Stelle eines*einer Integrationsbeauftragten in der Stadtverwaltung schaffen • fremdsprachige Informationen in Form von Flyern und online, damit alle Hannoveraner*innen Zugriff auf wichtige Informationen und Services der Stadtverwaltung erhalten und diese für sich nutzen 	<p>Integration muss strategisches und politisches Ziel der Verwaltung werden. Integration ist kein Sprint, sondern eine Langstreckendisziplin. Sie fordert die Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie die sie aufnehmende Gesellschaft. Deshalb sind im Sinne der Pluralität auch alle gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen gefordert. Die Stadt allein kann nicht alles leisten.</p> <p>Wir fordern mehr Einsatz für die Erhöhung der finanziellen Zuwendungen des Bundes und des Landes mit der Zielrichtung Integration im kommunalen Bereich.</p> <p>Wir fordern, die Gleichstellungsbeauftragte in eine/einen Diversitätsbeauftragte(n) umzuwandeln. Die Gewährleistung von Chancengleichheit unterrepräsentierter Gruppen ist grundgesetzlicher Auftrag. Hierfür muss sich auch bei der Landes- und Bundespolitik</p>	<p>Wir setzen uns für eine Verbesserung der Mitbestimmung von Migrant*innen ein. Besondere Bedeutung kommt hier den Migrantenselbstorganisationen zu. Wir wollen die Vertretung von Migrant*innen in Fachgremien und Beiräten verbessern und die Integrationsbeiräte in ihrer Funktion stärken.</p>

<ul style="list-style-type: none"> • passgenaue Angebote in den Quartieren schaffen, damit Integrationsangebote auf den jeweiligen Sozialraum zugeschnitten entwickelt werden können • die Mittel für die Integrationsbeiräte gerechter verteilen und deren demokratische Strukturen zügig professionalisieren • auf das Land einwirken, damit Nicht-EU-Bürger*innen, die seit mehr als acht Jahren in den Kommunen leben, das Wahlrecht erhalten <p>Darüber hinaus werden wir uns auch weiterhin kompromisslos gegen Antisemitismus, Rassismus und Islamfeindlichkeit stellen und jedweder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Stirn bieten.</p>	<p>stark gemacht werden. Künftig sollen alle Vielfaltsdimensionen gemäß der „Charta der Vielfalt“ in den Blick genommen werden.</p> <p>Wir fordern, das erfolgreiche Projekt „Einbürgerungslotsen“ zu erhalten und auszubauen. Wir dürfen die Menschen mit Migrationshintergrund gerade in der Auseinandersetzung mit der deutschen Bürokratie nicht allein lassen.</p> <p>Wir fordern eine Stärkung der Kultursensibilität bei Behörden, Unternehmen und Verbänden, um Barrieren beim Wohnungszugang, Arbeitsplatzzugang und Karriereoptionen für Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen.</p> <p>Wir fordern, „Best-practice“-Beispiele in Wirtschaft und Verwaltung stärker herauszustellen und wertzuschätzen. Sie leisten Großartiges für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und steigern gleichzeitig ihre Effizienz durch Vielfalt in der Belegschaft. Geeignete Beispiele sind im Integrationsplan zu hinterlegen. Dieser ist jährlich zu evaluieren und gegebenenfalls ist nachzusteuern.</p> <p>Integration und Chancengleichheit auf dem hannoverschen Arbeitsmarkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen arbeitsmarktrelevante Integrationsfaktoren stärker berücksichtigen können. Wir fordern die schnellere Bearbeitung beziehungsweise Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen.</p> <p>Wir fordern, Gründungsberatungen gezielt auch für Menschen mit Migrationsgeschichte auszubauen. So lassen sich das Innovationspotenzial und die Diversität steigern.</p>	
FDP	Die Partei	Piraten
-	Wir von der Partei Die PARTEI sehen uns als Kleinstfraktion vor allem in der Funktion erstmal auf die vorhandenen Missstände hinzuweisen und die anderen Parteien zum Handeln zu zwingen. Generell würden wir dazu lieber mit Ihnen ins Gespräch kommen, denn	"integrieren", aber allen Menschen, die hierher ziehen, das Angebot des Dazugehörens geben, aber nicht erzwingen. Identität ist nicht das Aufgeben des Eigenen, sondern eine Bereicherung beider Seiten, des Zugezogenen und der hier schon länger Lebenden.



	<p>Sie und andere Initiativen haben die Expertise. Vielleicht finden wir einen Termin?</p> <p>Davon ab finden wir das Thema Integration sehr schwierig und sollten uns hinterfragen, was heißt Integration und verweisen gerne auf Max Czolleks „Desintegriert euch“.</p>	<p>Diese beiderseitige Bereicherung ist im Zentrum der progressiven Fortsetzung des LIP, des lokalen Integrationsplanes, den wir im Rat und der Region in jahrelanger Arbeit gemeinsam mit allen anderen demokratischen Fraktionen weiterentwickelt haben und der die Idee der Integration auf eine neue Ebene trägt.</p> <p>Teilhabe ist keine Frage der Nationalität oder der Herkunft, sondern der Offenheit beider Seiten und der Bereitschaft für Kommunikation und des Verständnisses für den Anderen. Also müssen wir Begegnungsräume schaffen, kulturelle und persönliche, für Neuzugezogene und lange hier Lebende, für Kinder und Erwachsene. Der Reichtum des "Anderen" ist das Herz der Verständigung. Wir meinen: Der/Die Fremde ist nur ein Freund/eine Freundin, den/die wir noch nicht kennen. Es darf keine Rolle spielen, wo ein Mensch geboren ist, das Recht auf freie Wohnortwahl ist für uns ein Grundrecht.</p>
--	---	--